

**„Für Import-Lebensmittel
müssen die gleichen Standards
gelten wie für heimische Ware“**



Foto: Archiv

△ Torsten Altmann,
top agrar Redaktion

Glyphosat: Wenn schon, dann schon!

► Wie Schneekönige gefreut haben sich vor allem die NGOs, als Anfang Dezember die Nachricht vom nationalen Anwendungsverbot von Glyphosat in Österreich mit 1. Jänner 2020 die Runde machte. Doch die Freude währte nur kurz, denn sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Schließlich basierte das Verbot auf einem Formfehler im Notifizierungsverfahren.

Im Endeffekt blieb der zuständigen Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein doch gar nichts anderes übrig, als das vom Nationalrat mit Mehrheit von SPÖ, NEOS, Liste Jetzt und FPÖ beschlossene Verbot nicht kund zu machen.

Klar, Betriebe, die das Totalherbizid ohnehin nicht einsetzen wollen oder dürfen, wie Biobauern oder z.B. auch die Lieferanten der Berglandmilch, werden nichts gegen ein Verbot einzusetzen haben. Aber vor allem für Bauern, die Glyphosat für erosionsmindernde Ackerbauverfahren wie Mulch- und Direktsaat einsetzen, atmen jetzt erst einmal auf. Denn gerade für diesen Einsatzbereich ist das Totalherbizid ein ganz wichtiger Baustein. Ohne Glyphosatesatz im Frühjahr sind diese Verfahren nämlich kaum anwendbar.

Die Folge wäre der Ausstieg vieler Landwirte aus der Mulch- und Direktsaat – mit all seinen negativen Nachwirkungen in Sachen Erosionsschutz, Humusaufbau, CO₂-Bindung etc. Dies kann in Zeiten des fortschreitenden Klimawandels doch niemand wirklich wollen.

Könnte man zumindest meinen. Doch weit gefehlt. Noch im Dezember brachte die SPÖ einen erneuten Antrag für ein Verbot im Nationalrat ein. Dabei sollte

der SPÖ und den anderen Anhängern eines nationalen Verbotes bewusst sein, dass dieses auch bei ordnungsgemäßer Einreichung in Brüssel normalerweise keine Chance auf Umsetzung haben dürfte. Denn es widerspricht der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat auf EU-Ebene. Das hat nicht zuletzt auch die AGES in einer ausführlichen Machbarkeitsstudie zum Glyphosatausstieg festgestellt. Somit dürfte vermutlich auch der erneute SPÖ-Vorstoß verpuffen.

Ohnehin sollten sich alle über eines im Klaren sein: Ein Anwendungs-Verbot allein in Österreich wird nichts daran ändern, dass im Regal weiterhin Produkte liegen, die teilweise direkt mit Glyphosat besprüht werden und dann zu uns kommen.

Daher lautet zurecht die Forderung der Interessenvertreter von LK Österreich, Bauernbund und UBV: Gleiche Produktionsstandards für die Importware. Das heißt nichts anderes, als dass ein Import von Produkten, bei welchen Glyphosat im Produktionsprozess verwendet wurde, verhindert werden muss. Das setzt eine lückenlose Herkunftskennzeichnung voraus.

Selbst der Global 2000 Frontmann Helmut Burtscher-Schaden fordert dies: Bei einer gemeinsamen Veranstaltung von top agrar Österreich und Bramburi in Schweiggers im Waldviertel Anfang Dezember hat er seine Unterstützung zugesichert, bei einem etwaigen nationalen Glyphosat-Verbot Import-Lebensmittel aus den Regalen zu verbannen. Bei diesem Punkt ziehen Bauernvertreter und Global 2000 offenbar an einem Strang. Wer hätte das gedacht?